

Wahlprogramm- Check 2016

CommunicationLab
INSTITUT FÜR VERSTÄNDLICHKEIT



Die Wahlprogramme zu den Landtagswahlen 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt im Vergleichstest

März 2016

Eine Studie der Universität Hohenheim in Kooperation mit CommunicationLab Ulm



Inhalte der Untersuchung

1. Verständlichkeits-Analyse der Wahlprogramme
2. Begriffs-Analyse
3. Hintergrund: Wahlprogramme

Wahlprogramm-Check 2016:

Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Fragen

Wie verständlich ist die Sprache der Wahlprogramme der Parteien zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz? Gibt es Verständlichkeits-Unterschiede zwischen den Parteien? Gibt es Verständlichkeits-Unterschiede zwischen den Bundesländern? Und welches Vokabular verwenden die Parteien?

Hintergrund

Politik gilt vielen Menschen als bürgerfern, unverständlich und intransparent. Damit die Wählerinnen und Wähler eine begründete Wahlentscheidung treffen können, sollten Parteien ihre Positionen zur Landespolitik klar und verständlich darstellen. Die Wahlprogramme sind dabei ein Mittel, um die eigenen Positionen darzulegen.

Studie

Vergleich der Landtagswahlprogramme von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen, Die Linke, Piratenpartei (in Sachsen-Anhalt nicht zugelassen) und AfD in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz.*

* Zur Auswahl der Parteien: Die Studie ist Teil einer Langzeitstudie. In ihr werden immer die Parteien berücksichtigt, die entweder im Deutschen Bundestag oder in mindestens drei Landtagen vertreten sind. Zusätzlich müssen die Parteien zur jeweiligen Wahl zugelassen sein.



Wahlprogramm-Check 2016:

Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick 1/2

- Das **formal verständlichste Wahlprogramm** der drei Wahlen präsentiert die **Linke in Baden-Württemberg** (9,7 Punkte auf dem Hohenheimer Verständlichkeitsindex). In Rheinland-Pfalz und in Sachsen-Anhalt belegt die Linke jeweils den letzten Platz. Ihr Programm in Rheinland-Pfalz ist sogar das insgesamt unverständlichste Programm der drei analysierten Wahlen (5,6 Punkte).
- Die **aktuellen Wahlprogramme aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt** sind weder besser noch schlechter zu verstehen als die Programme der Parteien in anderen Bundesländern. Die Wahlprogramme sind insgesamt deutlich **näher am Verständlichkeitsniveau einer Doktorarbeit** als an dem eines Zeitungsartikels.
- Im **Vergleich der Wahlprogramme von Regierungs- und Oppositionsparteien sowie Parteien, die nicht im Landtag sind***, zeigen sich im Schnitt **keine wesentlichen Unterschiede** in der Verständlichkeit. Aber: Zumindest in der Tendenz schreiben **Parteien in der Opposition etwas verständlicher als in der Regierungsposition**.
- Die häufigsten **Verstöße gegen Verständlichkeits-Regeln**: Fremdwörter und Fachwörter, Wortkomposita und Nominalisierungen, Anglizismen und „Denglisch“, lange „Monster- und Bandwurmsätze“.

* jeweils bezogen auf die Position der Partei zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Wahlprogramms

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick 2/2

- Aber: Die von uns gemessene **formale Verständlichkeit** ist natürlich nicht das einzige Kriterium, von dem die Güte eines Wahlprogramms abhängt. **Wichtiger noch ist der Inhalt.** Unfug wird nicht dadurch richtig, dass er formal verständlich formuliert ist. Und unverständliche Formulierungen bedeuten nicht, dass der Inhalt falsch ist. Formale Unverständlichkeit kann aber eine potentielle **Hürde für das Verständnis** der Inhalte darstellen.
- Im Mittelpunkt der Programme stehen **die Bundesländer** und die dort lebenden „**Menschen**“. Die **Parteien** selbst nennen sich unterschiedlich oft. Im Vergleich der Wahlprogramme gleicher Parteien in unterschiedlichen Ländern fällt ganz besonders auf, was wir schon häufiger festgestellt haben: Vor allem die **Oppositionsparteien** verwenden eher ein **forderndes Vokabular**. Die **Regierungsparteien greifen hingegen eher auf positivere Wörter zurück und beschreiben eher die eigenen Aktivitäten**. Besonders gut sieht man das bei der CDU und bei den Grünen.

Das Programm-Angebot der Parteien 1/2

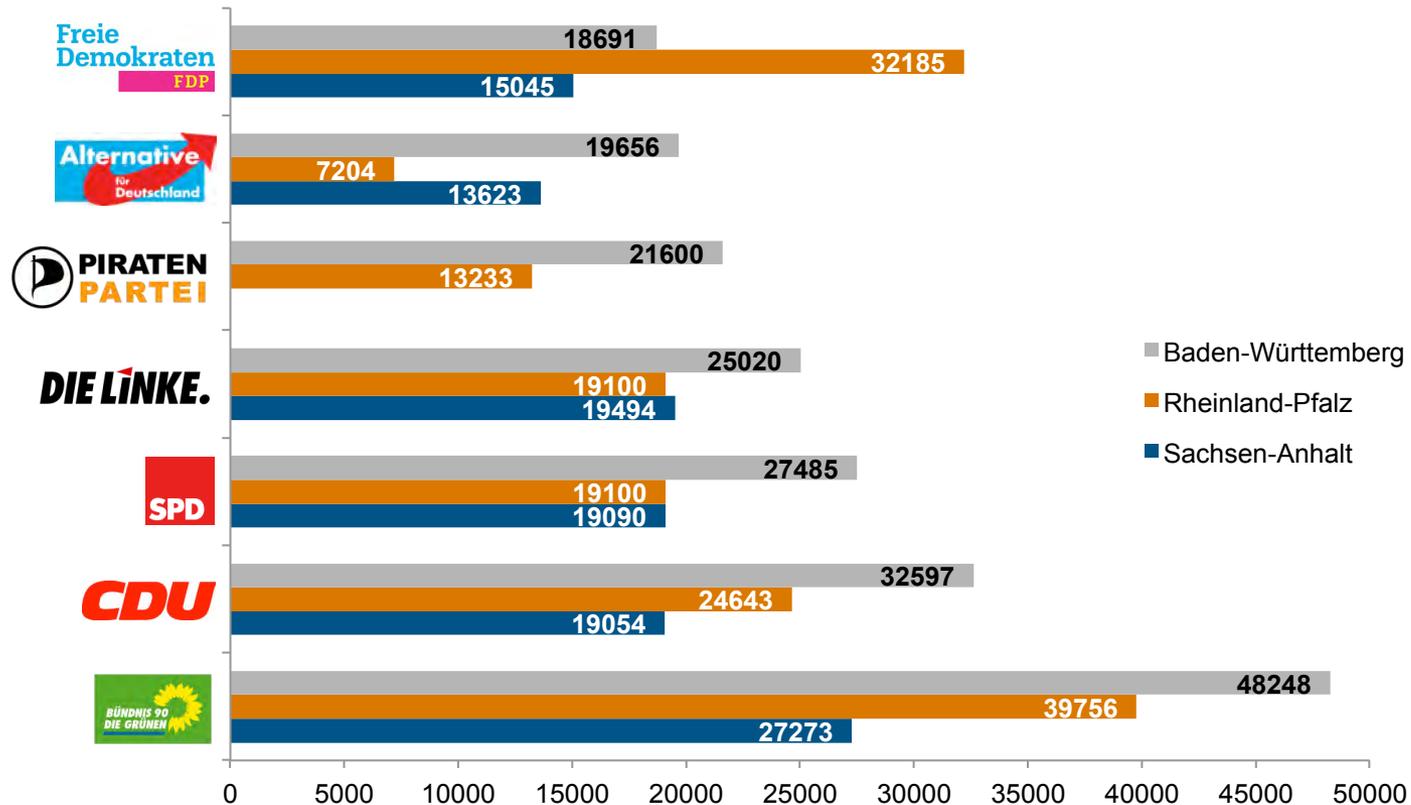
- Die meisten Parteien in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt bieten den Wählerinnen und Wählern **auch kürzere Versionen** ihrer Wahlprogramme an. Nur ein Hauptprogramm bieten AfD und Piraten in Baden-Württemberg, CDU und Piraten in Rheinland-Pfalz und die AfD in Sachsen-Anhalt.
- Einige Parteien bieten auch **Versionen in leichter oder einfacher Sprache** an: In Rheinland-Pfalz sind das die Grünen und die Linke, in Baden-Württemberg alle bis auf die AfD und die Piraten und in Sachsen-Anhalt nur die SPD.
- **Audiovisuelle Medien** nutzen zwei Parteien in Baden-Württemberg: Die Grünen bieten ein Video an, in dem **Inhalte des Programms in Gebärdensprache** präsentiert werden. Die Linken bieten eine **Kurzfassung zum Hören** an.
- Das **längste Programm** der drei analysierten Wahlen findet sich bei den Grünen in Baden-Württemberg (243 Seiten bzw. etwa 49.000 Wörter). Das **kürzeste Programm** präsentiert die AfD in Rheinland-Pfalz (31 Seiten bzw. etwa 7.200 Wörter). Das spiegelt sich auch im allgemeinen Trend wider: Über alle Bundesländer hinweg haben die Grünen am meisten geschrieben (im Schnitt etwa 38.000 Wörter). Am kürzesten hat sich durchschnittlich die AfD gefasst (etwa 13.500 Wörter).

Das Programm-Angebot der Parteien 2/2

- Insgesamt beobachten wir, dass die Parteien ihre **Wahlprogramme erst verhältnismäßig kurz vor der Wahl veröffentlichen**. Damit nutzen sie zwar die erhöhte Aufmerksamkeit aufgrund der nahenden Wahlen. Angesichts der Länge der Programme lässt sich aber durchaus die Frage stellen, welche Wählerinnen und Wähler sich dann noch ausführlich mit den Dokumenten auseinandersetzen.
- Dies führt auch dazu, dass sich die Aussagen in dieser Analyse stets auf den Informationsstand zum Zeitpunkt der Analyse beziehen.

Wahlprogramm-Check 2016: Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Wörterzahl der Wahlprogramme in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt im Vergleich



Berücksichtigt wurden jeweils die Programme, die auf den Landesparteitagen beschlossen wurden.

Wahlprogramm- Check 2016

CommunicationLab
INSTITUT FÜR VERSTÄNDLICHKEIT



Verständlichkeits-Analyse
der Wahlprogramme

eins



Hohenheimer Verständlichkeitsindex

Die formale Verständlichkeit der Landtagswahlprogramme wurde mit Hilfe der vom Communication Lab und von der Universität Hohenheim entwickelten Verständlichkeitssoftware TextLab ermittelt. Diese Software berechnet verschiedene Lesbarkeitsformeln sowie eine Vielzahl von Verständlichkeitsparametern (z.B. Satzlängen, Wortlängen, Schachtelsätze, Anteil abstrakter Wörter). Aus diesen Werten setzt sich der „Hohenheimer Verständlichkeitsindex“ zusammen. Er reicht von

0 (überhaupt nicht verständlich) bis 20 (maximal verständlich).

Zum Vergleich:

- **Doktorarbeiten** in Politikwissenschaft haben eine durchschnittliche Verständlichkeit von 4,3.
- Die Politik-Beiträge in der **Bild-Zeitung** haben eine durchschnittliche Verständlichkeit von 16,8.

„Hohenheimer Verständlichkeitsindex“

0 (überhaupt nicht verständlich) bis 20 (maximal verständlich)

Lesbarkeitsformeln

- Amstad-Formel
- 1. Wiener Sachtextformel
- SMOG-Index
- Lix Lesbarkeitsindex

Verständlichkeitsparameter

- durchschnittliche Satzlänge
- Anteil Sätze über 20 Wörter
- Anteil Schachtelsätze
- durchschnittliche Wortlänge
- Anteil Wörter mit mehr als sechs Zeichen
- ... und weitere Merkmale

Die formale Verständlichkeit der Wahlprogramme

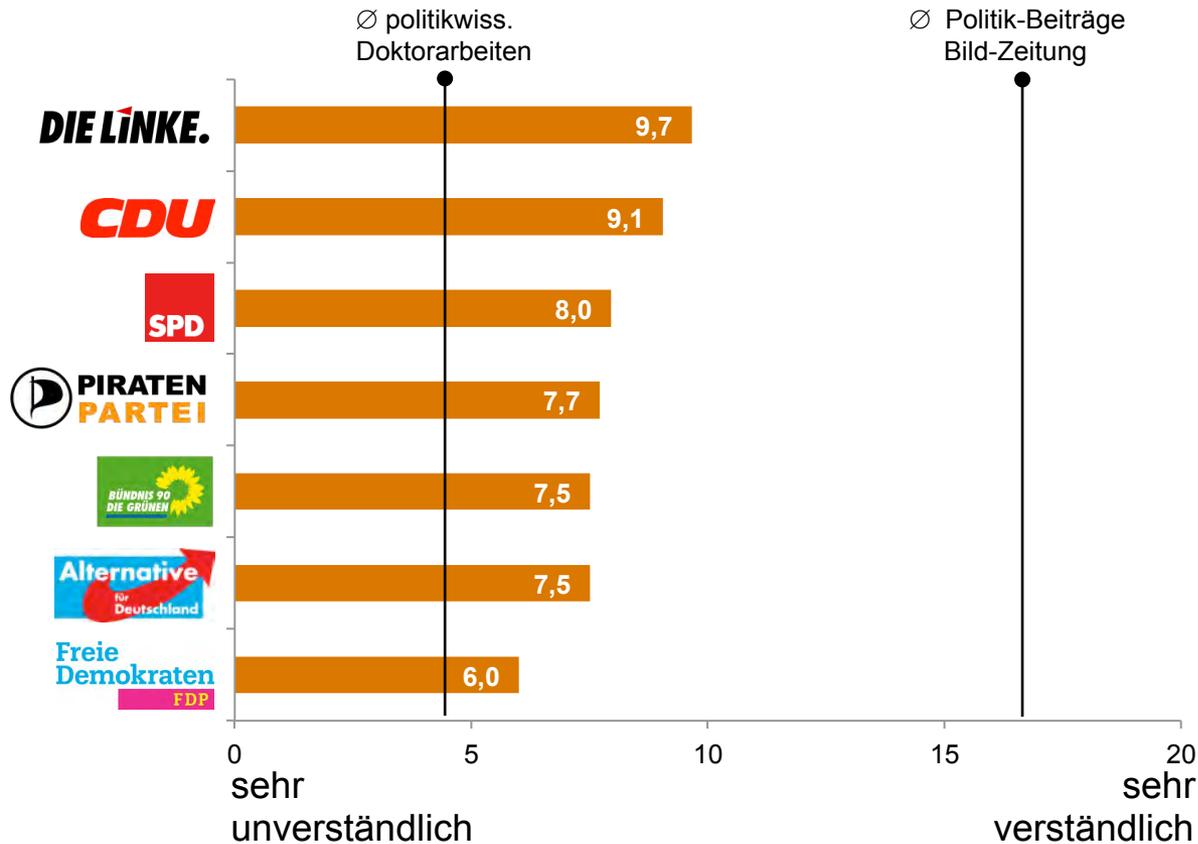
- Das **formal verständlichste Wahlprogramm über alle drei Wahlen** hinweg ist das der **Linken in Baden-Württemberg** (9,7 Punkte auf dem Hohenheimer Verständlichkeitsindex). In Rheinland-Pfalz und in Sachsen-Anhalt belegt die Linke jedoch jeweils den letzten Platz. An zweiter und dritte Stelle bei der formalen Verständlichkeit liegen mit 9,2 Punkten die SPD in Rheinland-Pfalz und mit 9,1 Punkten die CDU und Baden-Württemberg.
- Im Schnitt liegen die **drei analysierten Wahlen in Bezug auf die Verständlichkeit nahe beieinander**. Baden-Württemberg liegt bei 7,9, Sachsen-Anhalt bei 7,8 und Rheinland-Pfalz bei 7,6 Punkten. Das entspricht in etwa den Ergebnissen früherer Wahlprogrammanalysen. Die Wahlprogramme liegen damit deutlich **näher am Verständlichkeitsniveau einer Doktorarbeit** als an dem eines Zeitungsartikels.
- Die **Parteien in Baden-Württemberg** sind damit **auf dem gleichen Verständlichkeits-Niveau geblieben wie bei der Wahl 2011** (8,0 Punkte im Durchschnitt). Die **Verständlichkeit der Parteien in Rheinland-Pfalz ist um 0,6 Punkte schlechter** geworden (2011: 8,2 Punkte im Durchschnitt).

Die formale Verständlichkeit der Wahlprogramme

- Nach 17 von uns analysierten Landtagswahlen seit 2010 belegen **CDU, SPD und Grüne die ersten drei Plätze** in Bezug auf die **durchschnittliche Verständlichkeit der Parteien**. Schlusslichter sind Piraten, AfD und FDP. Zwischen der erstplatzierten und dem letztplatzierten Partei liegen aber gerade einmal 1,8 Punkte.
- Im Vergleich zwischen den Wahlprogrammen von **Regierungsparteien, Oppositionsparteien und Parteien, die nicht im Landtag sind**, zeigt sich: die **Unterschiede in der Verständlichkeit sind minimal**. Etwas weniger verständlich sind die Parteien, die (zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Programms) nicht im Landtag sind. Regierungs- und Oppositionsparteien liegen mit 8,1 Punkten (im Durchschnitt) gleich auf. Berücksichtigt man hierbei allerdings auch noch die jeweilige Partei, ist zumindest eine leichte Tendenz erkennbar: **Einige Parteien schreiben in ihrer Funktion als Opposition etwas verständlichere Wahlprogramme**, als wenn sie sie in ihrer Funktion als Regierungspartei schreiben. Eine Ausnahme bildet hierbei die SPD. Bei ihr ist es genau andersherum.

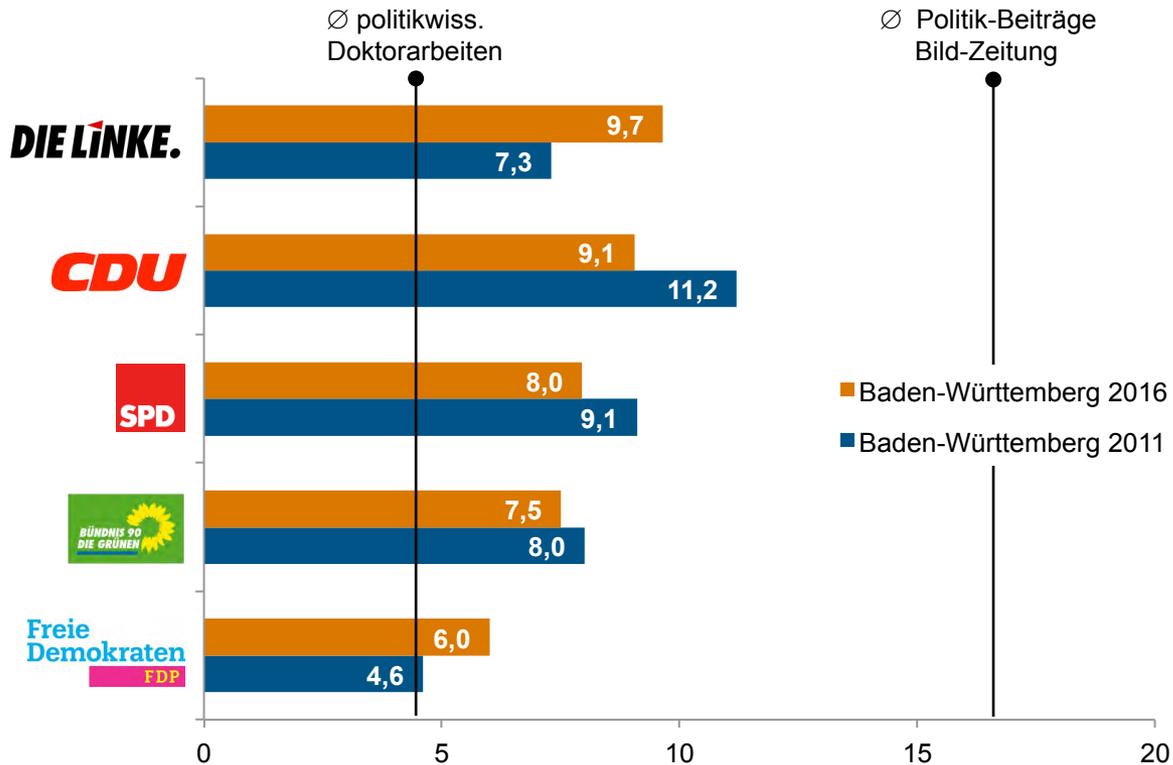
Wahlprogramm-Check 2016: Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Die formale Verständlichkeit der Landtagswahlprogramme in Baden-Württemberg



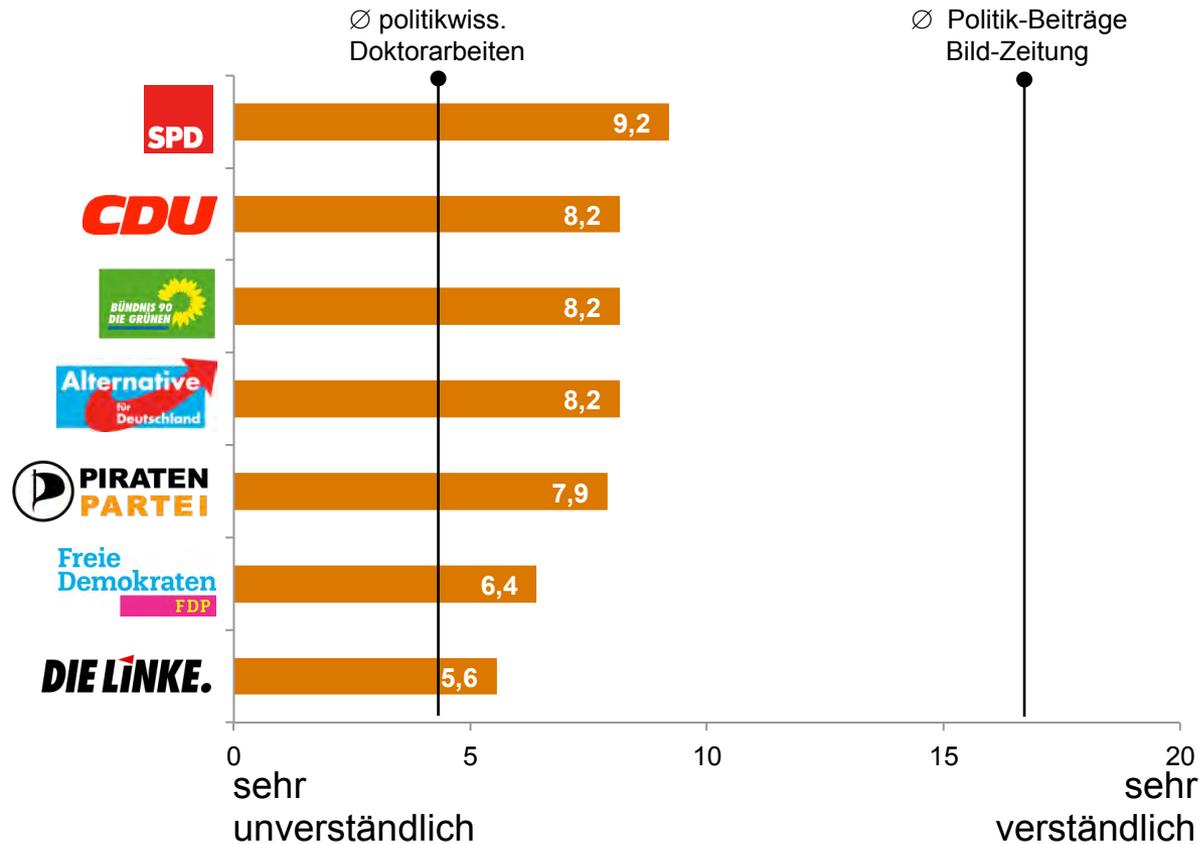
Wahlprogramm-Check 2016: Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Die formale Verständlichkeit der Landtagswahlprogramme in Baden- Württemberg (2011 und 2016 im Vergleich)



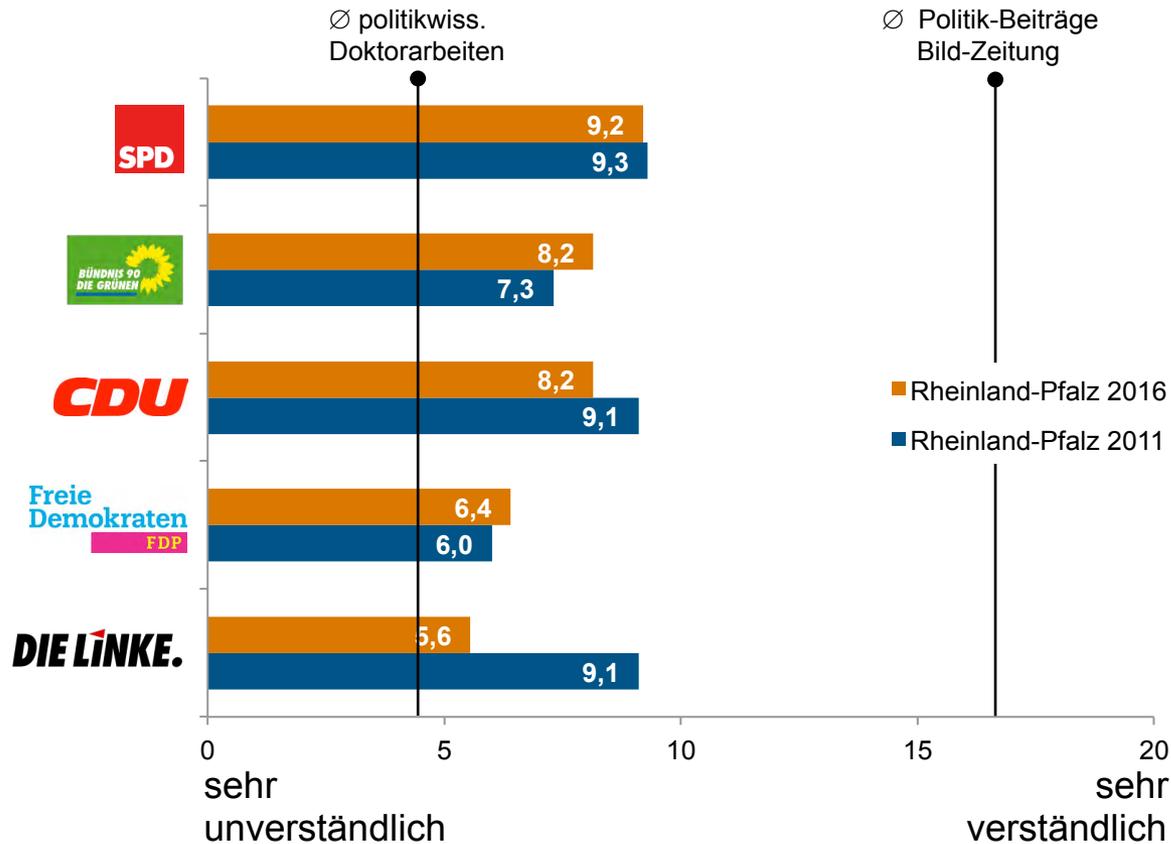
Wahlprogramm-Check 2016: Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Die formale Verständlichkeit der Landtagswahlprogramme in Rheinland-Pfalz



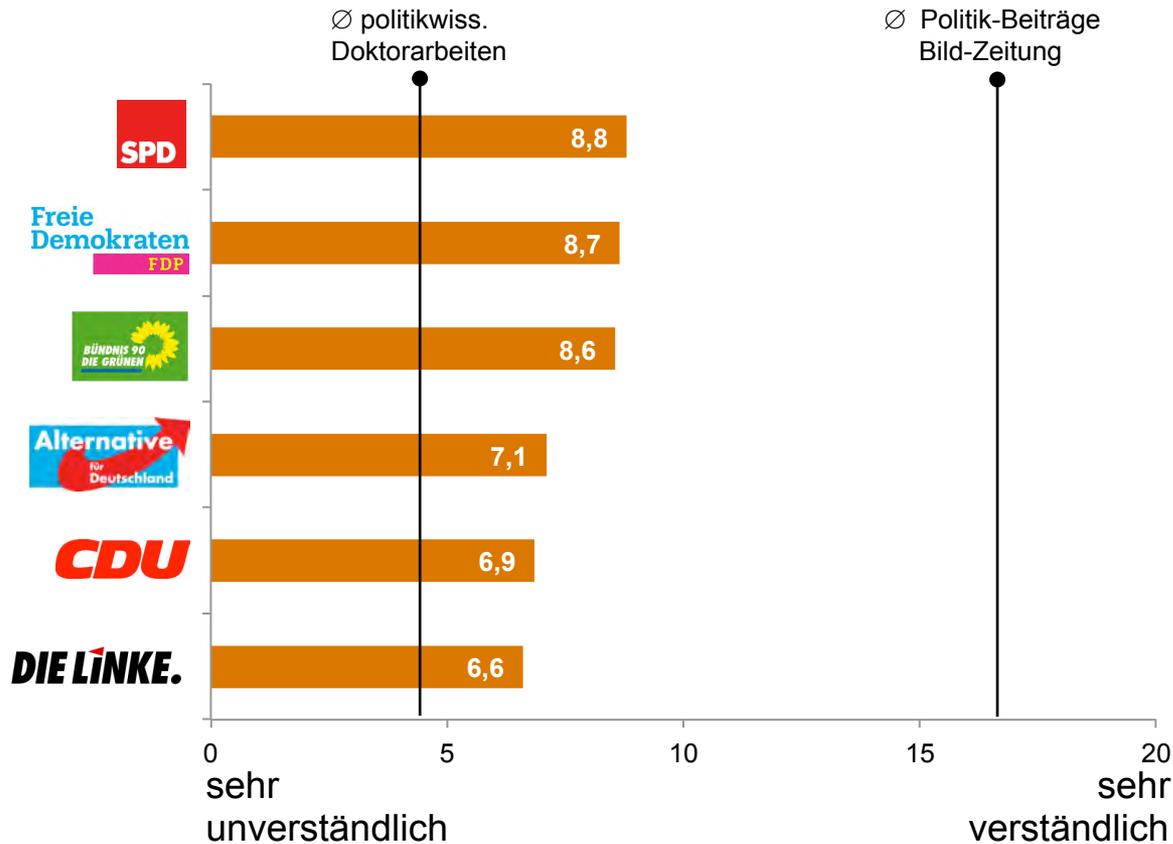
Wahlprogramm-Check 2016: Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Die formale Verständlichkeit der Landtagswahlprogramme in Rheinland-Pfalz (2011 und 2016 im Vergleich)



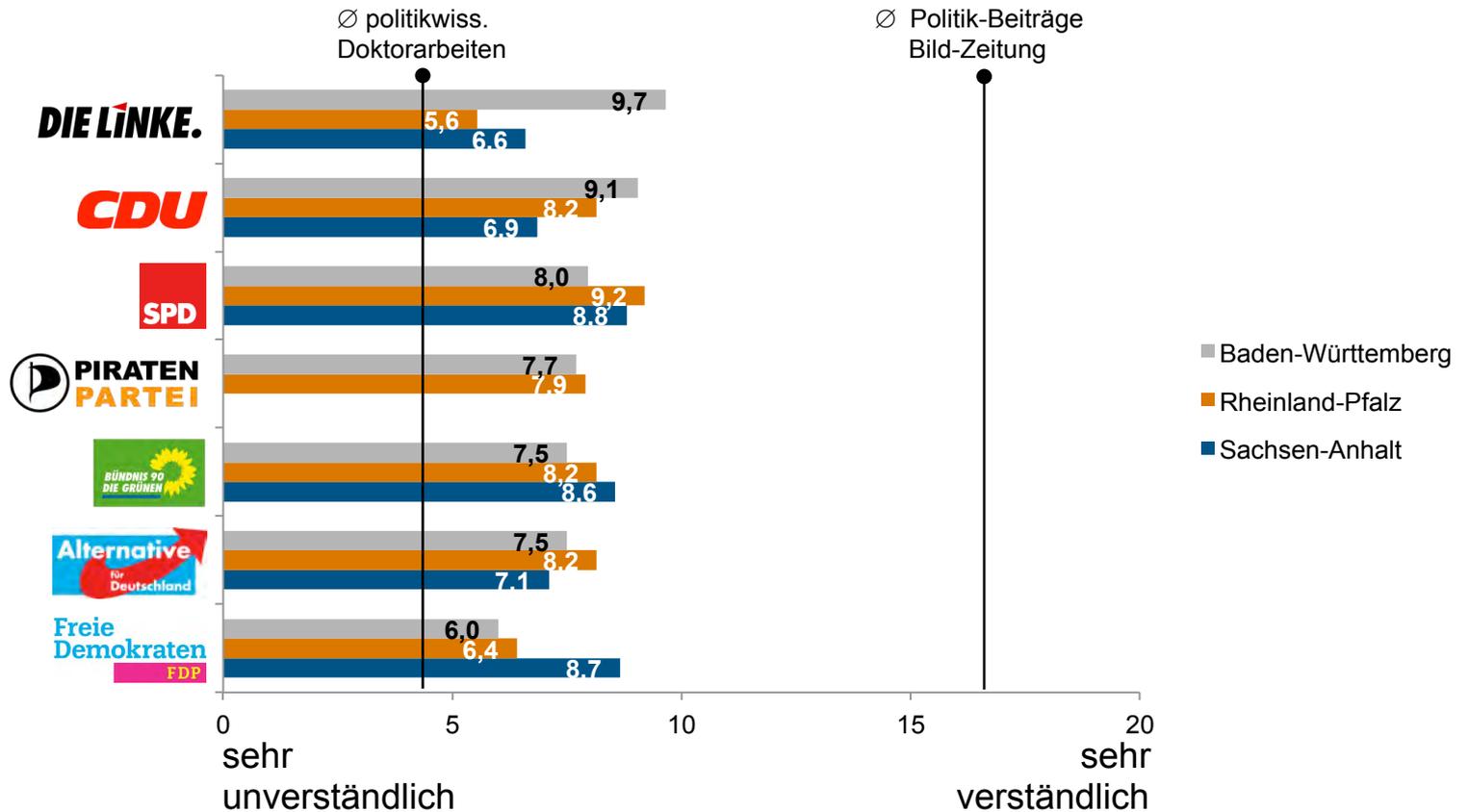
Wahlprogramm-Check 2016: Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Die formale Verständlichkeit der Landtagswahlprogramme in Sachsen-Anhalt



Wahlprogramm-Check 2016: Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Die formale Verständlichkeit der Landtagswahlprogramme im Vergleich



Wahlprogramm-Check 2016: Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Bremen 2015:
Ø 8,0 (n = 7)

NI 2013:
Ø 7,2 (n = 6)

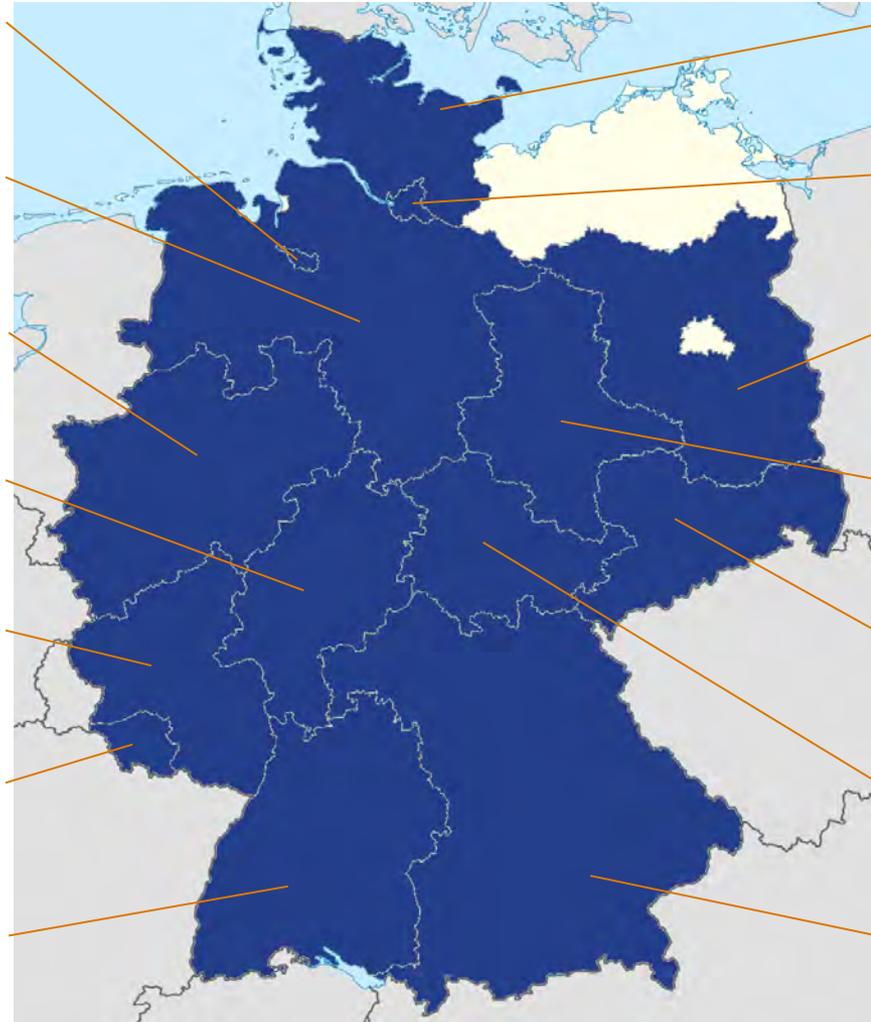
NRW 2012:
Ø 9,4 (n = 6)

Hessen 2013:
Ø 7,1 (n = 6)

R-P 2016:
Ø 7,6 (n = 7)

Saarland 2012:
Ø 7,3 (n = 6)

B-W 2016:
Ø 7,9 (n = 7)



S-H 2012:
Ø 7,8 (n = 6)

Hamburg 2015:
Ø 8,3 (n = 7)

BB 2014:
Ø 8,7 (n = 6)

S-A 2016:
Ø 7,8 (n = 6)

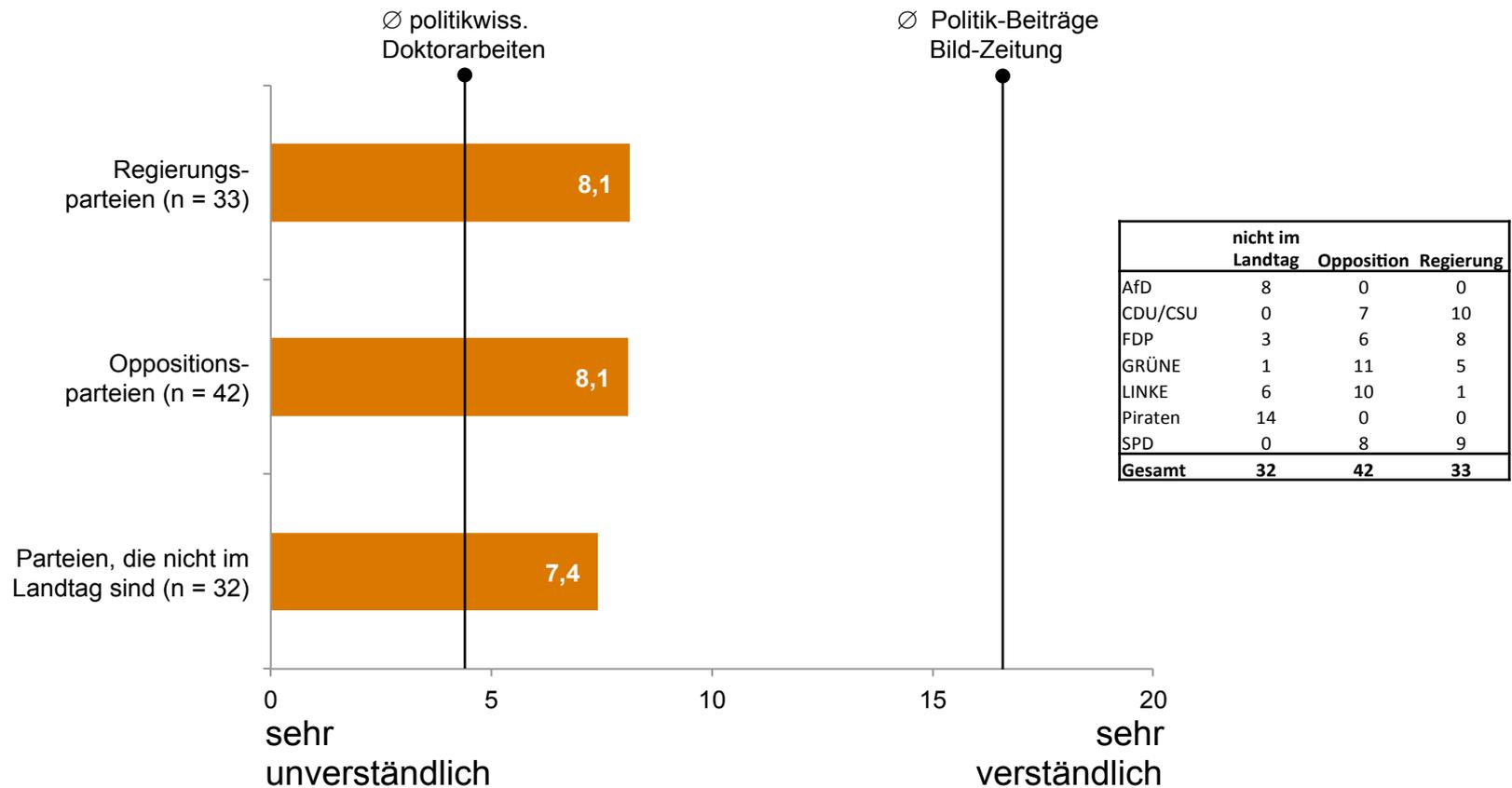
Sachsen 2014:
Ø 6,7 (n = 6)

TH 2014:
Ø 7,8 (n = 6)

Bayern 2013:
Ø 8,6 (n = 6)

Wahlprogramm-Check 2016: Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Die durchschnittliche formale Verständlichkeit der Regierungs- und Oppositionsparteien bei Landtagswahlen zwischen 2010 und 2016 (17 Wahlen)

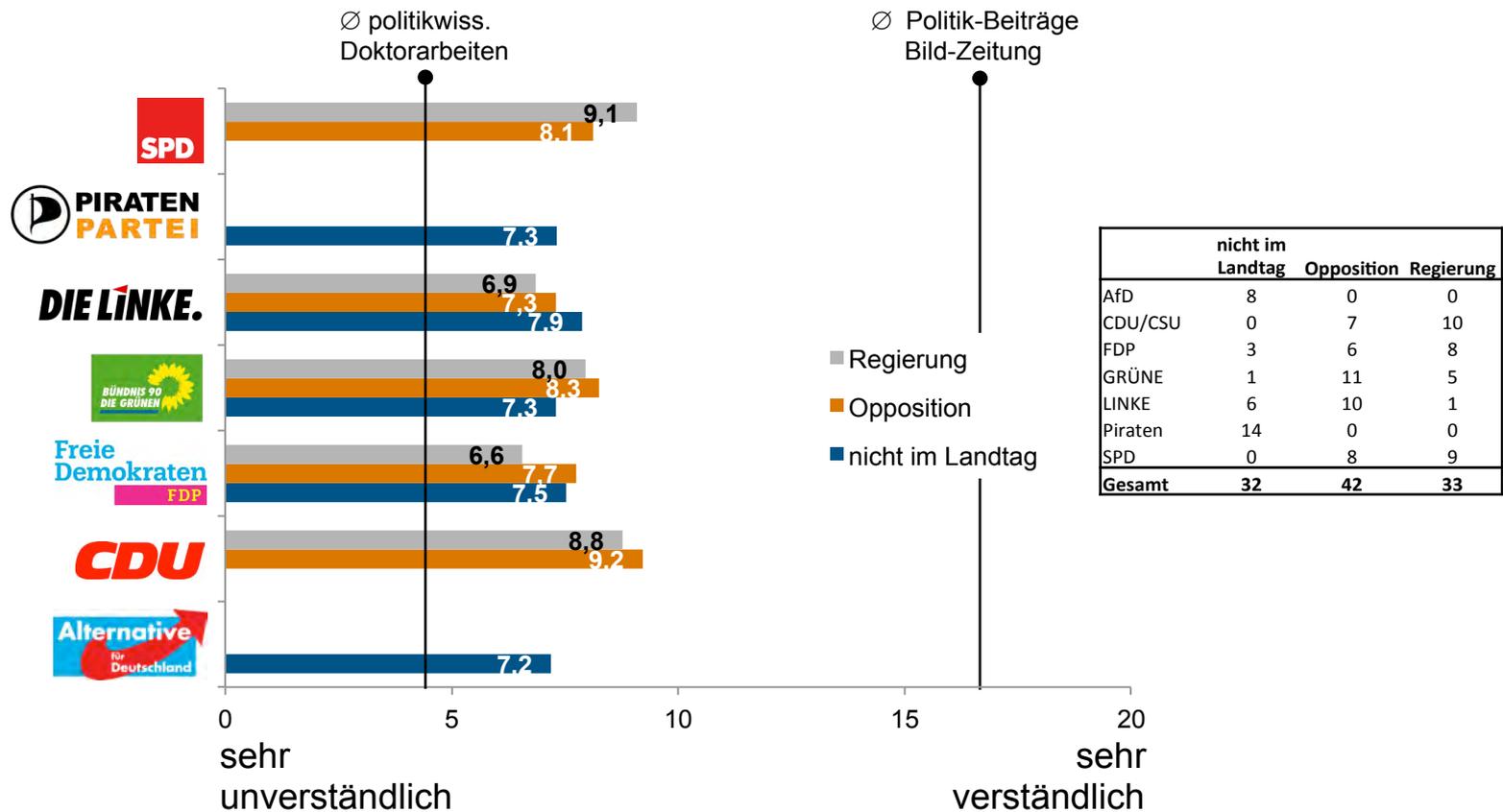


Berücksichtigt wurden, sofern Daten vorhanden waren: AfD, CDU/CSU, FDP, GRÜNE, LINKE, Piraten und SPD. Die Einordnung der Parteien bezieht sich jeweils auf ihre Position zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des jeweiligen Wahlprogramms. Beispiel: Die SPD und die Grünen in Baden-Württemberg sind 2016 Regierungsparteien. Ihre aktuellen Programme gehen also in diese Gruppe ein.



Wahlprogramm-Check 2016: Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Die durchschnittliche formale Verständlichkeit der Regierungs- und Oppositionsparteien bei Landtagswahlen zwischen 2010 und 2016 (17 Wahlen)

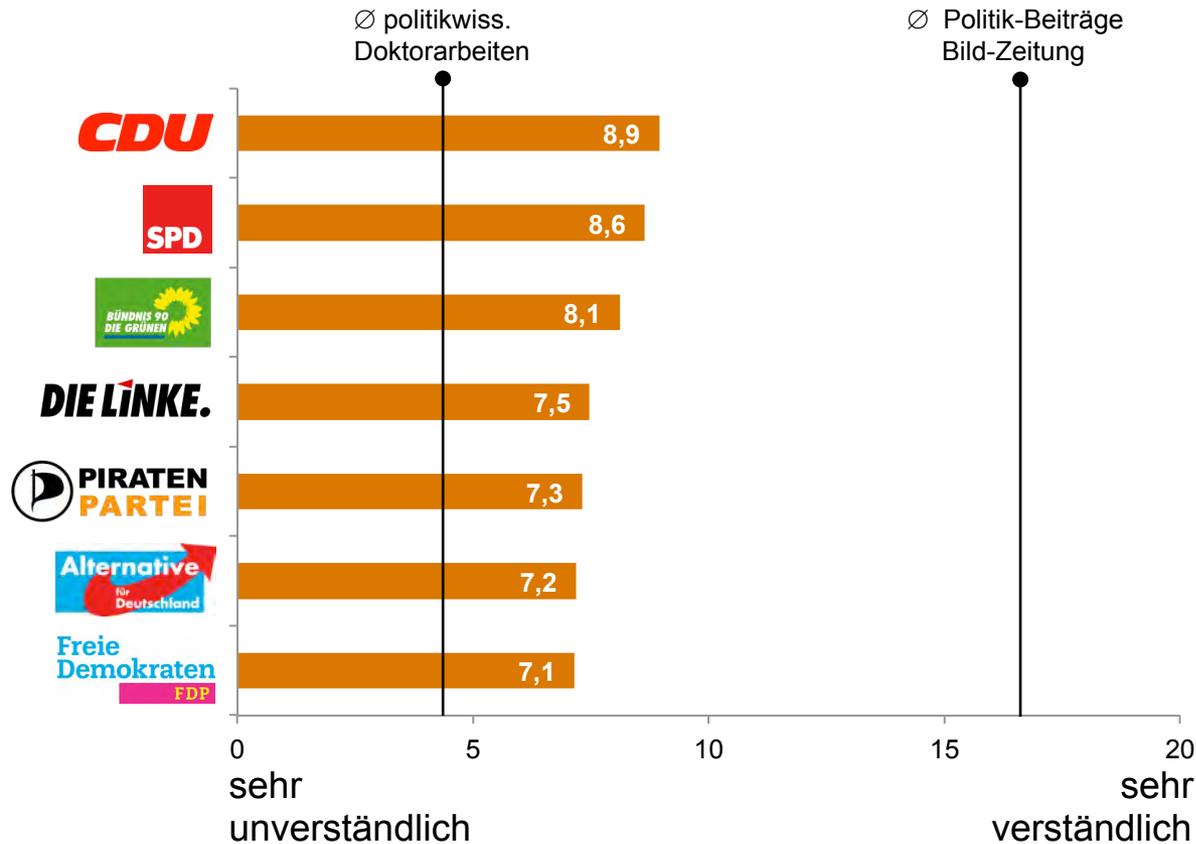


Berücksichtigt, sofern Daten vorhanden waren: AfD, CDU/CSU, FDP, GRÜNE, LINKE, Piraten und SPD. Die Einordnung der Parteien bezieht sich jeweils auf ihre Position zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des jeweiligen Wahlprogramms. Beispiel: Die SPD und die Grünen in Baden-Württemberg sind 2016 Regierungsparteien. Ihre aktuellen Programme gehen also in diese Gruppe ein.



Wahlprogramm-Check 2016: Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Die durchschnittliche formale Verständlichkeit der Parteien bei Landtagswahlen zwischen 2010 und 2016 (17 Wahlen)



Anzahl der berücksichtigten Programme: CDU/CSU = 17, SPD = 17, Grüne = 17, FDP = 17, Linke = 17, Piraten = 14, AfD = 8.



Typische Verstöße gegen Verständlichkeits-Regeln

Verstöße gegen Verständlichkeits-Regeln

Die häufigsten Verstöße gegen Verständlichkeits-Regeln gibt es in folgenden Kategorien:

- Fremdwörter und Fachwörter
- Wortkomposita und Nominalisierungen
- Anglizismen und „Denglisch“
- Satzlänge.

Verstöße aus diesen Kategorien wurden bei allen Parteien gefunden. Im Folgenden finden Sie Beispiele für diese Verstöße.

Gebrauch von Wortkomposita, Nominalisierungen und Fachwörtern

Die Programme der Parteien enthalten zahlreiche Wortkomposita (zusammengesetzte Wörter), Nominalisierungen (Substantivierung von Verben und Adjektiven) und Fachwörter.

Durch Wortkomposita werden aus einfachen Einzelwörtern komplexe „Wortungetüme“. Dies erschwert nicht nur die Lesbarkeit, sondern schränkt auch die Verständlichkeit ein.

Auch **die häufige Verwendung von Nominalisierungen führt zu einem abstrakten und komplexen Sprachstil. Fremd- und Fachwörter werden häufig ohne Erklärung** im Text verwendet. Vor allem für Leser ohne politisches Fachwissen oder ohne akademische Ausbildung stellen Fremd- und Fachwörter eine Verständlichkeits-Hürde dar.

Gebrauch von Wortkomposita, Nominalisierungen, Fach- und Fremdwörtern (Baden-Württemberg)

Diffamierungen (AfD)
 Frühsexualisierung (AfD)
 Indoktrinationen (AfD)
 Gesinnungsdiktatur (AfD)
 Souveränitätsrechte (AfD)
 Adhäsionsverfahren (AfD)
 Übertragungspriorität (AfD)
 Hasardeure (AfD)
 Fundamentalreformen (AfD)
 Akkreditierungsagenturen (AfD)
 Rationalisierungspotentiale (AfD)
 Leistungsdifferenzierung (CDU)
 Ausgründungen (Grüne)
 Breitbandverkabelung (Grüne)
 Arbeitsverdichtung (Linke)
 Ausfinanzierung (Linke)
 Entkriminalisierung (Linke)

Resozialisierungsmaßnahmen (AfD)
 Kooperationsvoraussetzungen (AfD)
 Schwangerschaftskonfliktberatung (AfD)
 Technologietransferressourcen (CDU)
 Landespersonalvertretungsrecht (CDU / Linke)
 Tourismusfinanzierungsprogramm (FDP)
 Hochschulzugangsberechtigungen (FDP)
 Lebensmittel-Informationsverordnung (FDP)
 Bürgerenergiegenossenschaften (Grüne)
 Verkehrsvermeidungsmaßnahmen (Linke)
 Landschaftserhaltungsverbänden (Linke)

Gebrauch von Wortkomposita, Nominalisierungen, Fach- und Fremdwörtern (Rheinland-Pfalz)

Landesbiodiversitätsstrategie (Grüne)
Wolfsmanagementplan (Grüne)
Gewässerrenaturierungen (Grüne)
Mineralwassergewinnungsgebieten (Grüne)
Altlastensanierungsgesellschaft (Grüne)
Rohstoffsicherungskonzepts (Grüne)
Ökologisierungskomponente (Grüne)
Ausbildungshemmnissen (Grüne)
Schienenpersonennahverkehr (Grüne)
Trassensicherungskonzepten (Grüne)
SchwulLesbischBiTrans-Aufklärung (Grüne)
Mindestbeteiligungsquorum (Grüne)
Telekommunikationsüberwachung (Grüne)
Agents Provocateurs (Linke)
Konversionsaufgaben (Grüne)
Herkunftssprachenunterricht (SPD)

Netzinfrastukturwechsel (SPD)
Breitband-Kompetenzzentrums (SPD)
Verwaltungsvereinfachung (SPD)
Kommunalentwicklungskonzepte (SPD)
Seniorenversicherungsberaterinnen (SPD)
Landesantidiskriminierungsstelle (SPD)
Bund-Länder-Finanzbeziehungen (SPD)
Zahlungsverpflichtungen (FDP)
Entwicklungsdynamik (FDP)
Außenwirtschaftsförderung (FDP)
Kommunalfinanzierung (Linke)
Ersatzaufforstung (Linke)
Rekommunalisierung (Linke)
Teilprivatisierungen (Linke)

Gebrauch von Wortkomposita, Nominalisierungen, Fach- und Fremdwörtern (Sachsen-Anhalt)

Straßenunterhaltungspauschale (Linke)
Kommunikationssensibilität (Linke)
Mietrechtsnovellierungsgesetz (Linke)
Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung (Linke)
Technologiefolgeabschätzung (Linke)
Früherkennungsuntersuchungen (CDU)
Steuerschwankungsreserve (CDU)
Landesmarketinggesellschaft (FDP)
Schwerstmehrfachbehinderte (FDP)

Unternehmensneugründungen (FDP)
Konsolidierungsanstrengungen (CDU)
Selbstverwaltungsrecht (AfD)
Wachstumspotenziale (CDU)
Subsidiaritätsprinzip (CDU)
Unternehmensansiedlungen (FDP)
Kompetenzvermittlung (FDP)
Kommunalverfassungsgesetzbuch (FDP)
Haushaltskonsolidierung (SPD)
Niedriglohnstrategie (SPD)
Behördenangelegenheiten (SPD)

Gebrauch von Anglizismen und „Denglisch“

Alle Parteien verwenden Anglizismen und „denglische“ (deutsch-englische) Begriffe. Viele davon ließen sich vermeiden:

Ausbildungsmarketing (CDU, B-W)
Startups (CDU / Grüne, B-W)
Clustern / Cluster (CDU, B-W / R-P / S-A)
Trendsetter (FDP, B-W)
Downhillfahren (FDP, B-W)
Controlling (FDP, B-W)
Open Source (Grüne, B-W)
Entrepreneurship (Grüne, B-W)
Law-and-Order-Politik (Linke, B-W)
Drug-Checking-Angebote (Linke, B-W)
Hotspots (CDU, R-P)
Masterplan (CDU, R-P)

Talentscouts (FDP, R-P)
Dumpingpreise (Linke, R-P)
Midi-Jobs (Linke, R-P)
Tasern (CDU, S-A)
Highlights (FDP, S-A)
Home Office (FDP, S-A)
Jobsharing (SPD, S-A)
Task-Force (SPD, S-A)
Power (SPD, S-A)
Re-Powering (SPD, S-A)
Offshore-Anlagen (SPD, S-A)

Gebrauch zu langer Sätze und Fachsprache

Zu lange Sätze erschweren das Verständnis, vor allem für Wenig-Leser. Sätze sollten möglichst nur jeweils eine Information vermitteln. Aber **bei vielen Parteien finden sich überlange Sätze mit mehr als 50 Wörtern**. Sätze mit mehr als 30 und 40 Wörtern pro Satz sind keine Seltenheit.

Nicht nur zu lange Sätze, sondern **auch ein komplexer Sprachstil kann eine Barriere für die Verständlichkeit sein**. Dies gilt insbesondere im Falle von Experten-Laien-Kommunikation wie den Wahlprogrammen. Typische Eigenschaften von Fachsprache sind:

- **komplexer Satzbau (Schachtelsätze)**
- **hohe Informationsdichte**
- **Häufung von Fremd- und Fachwörtern, Nominalisierungen und Wortkomposita**
- **fehlende Erklärungen für Laien.**

Wahlprogramm-Check 2016:

Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Beispiele: lange, komplexe Sätze



„Die Hochschullandschaft umfasst neun Universitäten, 23 Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, sechs pädagogische Hochschulen, acht Musik- und Kunsthochschulen, die Duale Hochschule Baden-Württemberg mit insgesamt zwölf Hochschulstandorten, jeweils eine Film- und Popakademie, eine Akademie für Darstellende Kunst sowie mehr als 25 anerkannte private und kirchliche Hochschulen.“ (44 Wörter, Baden-Württemberg)

„Durch die Schaffung von Datenbanken und Plattformen, auf die von zentralen Stellen wie Bildungs- und Kultureinrichtungen aus zugegriffen werden kann, gelingt eine flächendeckende Vernetzung zwischen den Institutionen, die es den Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz ermöglicht, sich schnell und unkompliziert digital über das Medien- und Kulturangebot in Rheinland-Pfalz zu informieren.“ (50 Wörter, Rheinland-Pfalz)

„Die Arbeitslosenquote konnte auf einstellige Werte gesenkt werden, die Löhne belegen im ostdeutschen Vergleich Platz zwei, fast zwei Drittel aller Sachsen-Anhalter beurteilen ihre eigene wirtschaftliche Lage als positiv, jedem Jugendlichen steht ein Ausbildungsplatz offen, bei ausländischen Direktinvestitionen belegte Sachsen-Anhalt immer wieder im Vergleich der ostdeutschen Bundesländer den ersten Platz, 2014 sind zum ersten Mal mehr Menschen nach Sachsen-Anhalt gezogen als abgewandert und schließlich haben wir zum ersten Mal in der jüngeren Landesgeschichte keine neuen Schulden aufgenommen, sondern alte Schulden getilgt.“ (80 Wörter, Sachsen-Anhalt)

Beispiele: lange, komplexe Sätze

„Diese Prinzipien tragen wir selbstverständlich auch in Zukunft mit, fordern aber bei der Mitbestimmung, dass die Zusammensetzung der Hochschulräte aus externen und internen Mitgliedern der Regelfall sein sollte, dass in den Senaten die Statusgruppen der Studierenden und der Promovierenden, sowie der wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Beschäftigten eine bessere Berücksichtigung finden, und dass in Personalräten die Wahlzeiten so begrenzt werden, dass auch befristete Hochschulangestellte sich zur Wahl stellen können.“ (67 Wörter, Baden-Württemberg)

„Wir wollen den vierspurigen Ausbau der B10 von Pirmasens bis Landau, die zweite Rheinbrücke bei Wörth, den weiteren Ausbau der B41, den mehrstreifigen Ausbau der B8/B414 zwischen hessischer und nordrhein-westfälischer Landesgrenze, den Ausbau des Mainzer Rings (A643), ein gemeinsames regionales Verkehrskonzept für den Raum Trier sowie die Vollendung des A1-Lückenschlusses. Wir stehen zu unserer Zusage, dass sich das Land am Abriss der Hochstraße Nord und am Bau einer Ersatzstraße in Ludwigshafen beteiligen wird.“ (51 Wörter, Rheinland-Pfalz)

„Wir setzen uns für eine Überprüfung der Besteuerung des Einkommens hinsichtlich der gerechten Verteilung der Belastungen zwischen geringen und sehr hohen Einkommen sowie hinsichtlich der Abschaffung des Ehegattensplittings und Einführung einer Individualbesteuerung mit besonderer Berücksichtigung von Kindern sowie für eine angemessene Besteuerung von Vermögen insbesondere durch verfassungsgemäße Reformierung der Erbschafts- und Schenkungssteuer ein.“ (53 Wörter, Sachsen-Anhalt)

Wahlprogramm-Check 2016:

Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Beispiele: lange, komplexe Sätze



„Neun Landesuniversitäten (darunter das KIT als Verbund aus Universität und Forschungszentrum und die Standorte der Hochschulmedizin), sechs Pädagogische Hochschulen, rund zwei Dutzend staatliche Hochschulen für Angewandte Wissenschaften einschließlich der Verwaltungshochschulen, die Duale Hochschule Baden-Württemberg (als größte Hochschule Baden-Württembergs mit Standorten überall im Land) sowie die Musik- und Kunsthochschulen bieten ein breites Angebot an Studiengängen an.“ (55 Wörter, Baden-Württemberg)

„Durch die Aufstockung des Hochschulsondervermögens um mehr als 380 Millionen Euro seit 2011, mehr Grundmittel zur Kompensation von Kostensteigerungen und durch die Bereitstellung von jährlich zusätzlich 25 Millionen Euro für Personal- und Sachmittel haben wir die Möglichkeiten der Hochschulen für gute Forschung, Lehre und gute Studienbedingungen deutlich verbessert.“ (48 Wörter, Rheinland-Pfalz)

„Dies wollen wir erreichen, indem wir unter Einbeziehung der wissenschaftlichen Kompetenz im Land Rahmenbedingungen für neue Güterverkehrskonzepte entwickeln, die die Kooperation und Bündelung von Warenverkehren über Unternehmen hinweg ermöglichen, den Einsatz von alternativen Transportmitteln wie Lastenrad oder Elektro-LKW unterstützen und Räume für Minigüterverkehrszentren und Minidepots eröffnen.“ (46 Wörter, Sachsen-Anhalt)

Wahlprogramm-Check 2016:

Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Beispiele: lange, komplexe Sätze



„Wir Freie Demokraten wollen durch eine kontinuierliche Verwaltungsreform die Effizienz der Verwaltung verbessern und durch eine leistungsgerechte Ausstattung und Bezahlung sowie durch attraktivere Angebote für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie dafür sorgen, dass wir trotz des demografischen Wandels auch in Zukunft qualifizierte Mitarbeiter für die öffentliche Verwaltung gewinnen.“ (50 Wörter, Baden-Württemberg)

„Ziel der Neuausrichtung der GAP ist ein nachhaltiger, produktiver und wettbewerbsfähiger Agrarsektor, der einen spürbaren Beitrag zu der Strategie "Europa 2020" sowie zur Bewältigung weiterer politischer Herausforderungen wie dem bereits erwähnten Klimawandel, der Versorgungssicherheit bei Nahrung, Energie und Industrierohstoffen, Umwelt und Biodiversität, Gesundheit und dem demografischen Wandel in der EU leistet.“ (51 Wörter, Rheinland-Pfalz)

„Hierzu gehört zum einen das Gespräch mit Anbietern von Weiterbildungen (u.a. auch Hochschulen) zu suchen und einen Diskurs über die vorhandenen Formen beruflichen Weiterlernens zu starten und diese ggf. zu hinterfragen und neu auszurichten, aber ebenso den Aufklärungsbedarf bei Arbeitnehmern und Unternehmern im Bereich der Weiterbildung zu decken.“ (48 Wörter, Sachsen-Anhalt)

Wahlprogramm-Check 2016: Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Beispiele: lange, komplexe Sätze

DIE LINKE.

„Die meisten erleben täglich Einschränkung, Benachteiligung und Diskriminierung durch die Gestaltung unserer Umwelt, unseres Umfeldes, durch Gesetze und bewussten Ausgrenzungen Barrieren in Gebäuden, Verkehrssystemen oder in der Kommunikation, fehlende Sachkenntnis und mangelndes Verständnis bei Verantwortlichen sind ebenso an der Tagesordnung wie diskriminierende Regelungen im Gesundheitssystem.“ (45 Wörter, Baden-Württemberg)

„In Bezug auf die Plenardebatte des Landtags im Sommer 2005 muss DIE LINKE mehr als zehn Jahre später mit Betroffenheit feststellen, dass hinsichtlich des Abzugs der Atombomben aus Büchel immer noch nichts geschehen ist und die rot-grüne Landesregierung sich offenbar zu nichts verpflichtet fühlt, obwohl sich die Kriegsgefahr auch in Europa durch die Ukraine Krise vervielfacht hat und sich die NATO unter aktiver Beteiligung der schwarz-roten Bundesregierung anschickt, einen neuen Kalten Krieg vom Zaun zu brechen.“ (75 Wörter, Rheinland-Pfalz)

„Dazu gehören Winterabschiebestopps, die umfassende Einzelfallprüfung von Abschiebehindernissen, wie z. B. gesundheitliche oder psychische Beeinträchtigungen durch die Ausländerbehörden, die Öffnung der Härtefallkommission auch für Menschen im Dublin-Verfahren, die Anerkennung von Integrationsleistungen als Abschiebehindernis, die Orientierung am Kindeswohl und die Verhinderung der Familientrennung oder auch die Geltendmachung von Landesinteressen z. B. in Fällen von in Ausbildung bzw. Arbeit befindlichen Personen.“ (59 Wörter, Sachsen-Anhalt)

Wahlprogramm-Check 2016:

Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Beispiele: lange, komplexe Sätze



„Auf der einen Seite stehen gut abgesicherte Beamte auf Lebenszeit, auf der anderen Seite billige Honorarkräfte, die in den Schulen große Teile des Nachmittagsunterrichts und der Betreuung übernehmen oder an den Hochschulen als Lehrbeauftragte in vielen Bereichen dafür sorgen, dass überhaupt noch ein ausreichendes Lehr- und Betreuungsangebot vorhanden ist.“ (49 Wörter, Baden-Württemberg)

„Menschen, die vor Diskriminierung, der Verfolgung aufgrund ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität beziehungsweise Orientierung, vor Klima- und Umweltkatastrophen, aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Gruppe oder wegen der Existenzbedrohung durch Armut und Hunger geflohen sind, müssen ebenfalls als asylberechtigt anerkannt werden.“ (43 Wörter, Rheinland-Pfalz)

Wahlprogramm-Check 2016: Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Beispiele: lange, komplexe Sätze



„Vereinigungen, die sich – etwa in Form radikaler Hasspredigten oder durch die Verbreitung strafrechtlich relevanter Wertvorstellungen – gegen das Grundgesetz und damit gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung wenden, oder die gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind, müssen von den zuständigen Behörden verboten und konsequent strafrechtlich verfolgt werden.“ (47 Wörter, Baden-Württemberg)

„Die AfD steht für Exzellenz in Forschung und Lehre und verlangt daher, dass im Rahmen eines landesweiten Wettbewerbs um die besten Konzepte zwei hiesige Standorte so auszustatten sind, dass sie in Deutschland und Europa in ausgewählten Studiengängen führende Ränge in der akademischen Ausbildung erlangen.“ (44 Wörter, Rheinland-Pfalz)

„Wir wollen durch spezielle Angebote über Internet, Soziale Medien und öffentliche Aushänge Jugendlichen das bereits vorhandene Angebot an Fortbildungs- und Freizeitangeboten zugänglicher machen und eine Vernetzung der Heranwachsenden in der Region erleichtern, mehr Treffpunkte im ländlichen Raum schaffen, die Mobilität von Jugendlichen ohne eigenes Einkommen durch ein kostenloses Freizeitticket für den öffentlichen Personennahverkehr fördern sowie Konzepte entwickeln, wie räumlich mobile Kursangebote für Fortbildung und Freizeit geschaffen werden können.“ (68 Wörter, Sachsen-Anhalt)

Wahlprogramm- Check 2016

CommunicationLab
INSTITUT FÜR VERSTÄNDLICHKEIT



Begriffs-Analyse

zwei



Begriffsanalyse: Die wichtigsten Ergebnisse für 2016

- Im Mittelpunkt der Programme stehen **die Bundesländer** und die dort lebenden „**Menschen**“.
- Die **Parteien** selbst nennen sich unterschiedlich oft. Während **in manchen Wortwolken kaum erkennbar** ist, welcher Partei sie gehören, treten die **Namen der Parteien in anderen Wortwolken deutlich** hervor. Beispiele hierfür sind die Grünen in Sachsen-Anhalt, die Linken im Allgemeinen und die AfD.
- Im Vergleich der Wahlprogramme gleicher Parteien in unterschiedlichen Ländern fällt ganz besonders auf, was wir schon häufiger festgestellt haben: Vor allem die **Oppositionsparteien** verwenden häufiger ein **forderndes Vokabular**. Beispiele sind Wörter wie: „**mehr**“, „**müssen**“, „**fordern**“, „**sollen**“. Die **Regierungsparteien greifen hingegen eher auf positivere Wörter zurück**. Beispiele sind: „**setzen**“ (einsetzen, auf etwas setzen, fortsetzen), „**unterstützen**“, „**fördern**“, „**stärken**“. Sichtbar wird das zum Beispiel bei der CDU im Vergleich zwischen Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg (Opposition) gegenüber Sachsen-Anhalt (Regierung). Ähnliches gilt für die Grünen, die in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz in der Regierung sind, während sie in Sachsen-Anhalt zur Opposition gehören.

Die 100 häufigsten Wörter in den CDU-Programmen



Die 100 häufigsten Wörter in den Programmen der Grünen



Die 100 häufigsten Wörter in den Piraten-Programmen



Wahlprogramm- Check 2016

CommunicationLab
INSTITUT FÜR VERSTÄNDLICHKEIT



Hintergrund:
Wahlprogramme

drei



Wahlprogramm-Check 2016:

Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Wahlprogramme erfüllen mehrere Funktionen

Auf den ersten Blick wirken Wahlprogramme wie Relikte aus vergangenen Zeiten. Wahlprogramme sind keine Massenlektüre. Nur sehr wenige Menschen lesen Wahlprogramme komplett von vorne nach hinten durch. Dennoch erfüllen sie wichtige Funktionen. Das Wahlprogramm soll dazu dienen, Wähler zu gewinnen oder zu halten. Dazu muss es sich zumindest teilweise von den Programmen der anderen Parteien unterscheiden – was häufiger der Fall ist, als gemeinhin angenommen wird. Und es muss verständlich sein. Vor allem soll das Programm auf Themen hinweisen, die für die Partei erfolgversprechend sind.

Andere Funktionen sind nach innen gerichtet – an die Parteimitglieder, teilweise auch an die Parteiführung. Das Programm soll der Selbstverständigung einer Partei dienen: Während der Arbeit am Programm klären die Mitglieder innerparteiliche Positionen und sie bündeln verschiedene Interessen. Der Parteiführung dient das Programm nach der Wahl als Grundlage für Koalitionsverhandlungen oder für die Arbeit in der Opposition. Entgegen landläufigen Behauptungen halten sich Parteien nach Wahlen häufig an ihre Programm-Aussagen.

Wahlprogramm-Check 2016:

Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Wahlprogramme sind wichtig, auch wenn sie kaum gelesen werden

Programme alleine spielen für die Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger keine große Rolle. Das heißt aber nicht, dass sie für die Wahlentscheidung unwichtig wären. Denn aus den Programmen leiten sich andere Kommunikationsmaßnahmen der Parteien ab: Wahlplakate, Flyer, Broschüren. Insofern kommen Menschen auch dann mit den Inhalten der Programme in Kontakt, wenn sie sie gar nicht lesen. Selbst wenn Wählerinnen und Wähler nicht das gesamte Programm lesen, so schauen sich einige von ihnen doch zumindest die Passagen an, die sich auf Themen beziehen, die ihnen wichtig sind.

Wahlprogramm-Check 2016:

Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Wahlprogramme aus Sicht von Parteimitgliedern

Wie Parteimitglieder Wahlprogramme wahrnehmen, ist bislang kaum erforscht. Wir haben im Jahr 2010 eine Online-Umfrage unter baden-württembergischen Parteimitgliedern durchgeführt. An ihr haben 828 Parteimitglieder teilgenommen. Demnach halten die Parteimitglieder vor allem die Kurzversion des Wahlprogramms für ein wichtiges Wahlwerbemittel. Die Kurzversion wird von den Mitgliedern aller Parteien als nützlicher, besser gestaltet, überzeugender, interessanter und verständlicher bezeichnet als die Langfassung. Die Langversion wird hingegen vor allem von den Mitgliedern der Grünen als sehr wichtig eingestuft.

Fast 50 Prozent der befragten Parteimitglieder geben an, die Kurzversion „ihres“ Wahlprogramms vollständig gelesen zu haben. Von der Langversion behaupten das nur 16 Prozent. Zwölf Prozent der Mitglieder geben aber auch zu, die Langversion noch nicht einmal in Auszügen gelesen zu haben; bei der Kurzversion sind dies nur vier Prozent.

Wahlprogramm-Check 2016:

Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Noch gravierender sind die Unterschiede zwischen den Kurz- und den Langfassungen der Wahlprogramme, wenn man danach fragt, welche Funktionen sie erfüllen. Parteiübergreifend werden die Kurzfassungen als ein wirksames Wahlwerbemittel gesehen: Sie erfüllen aus Sicht der Parteimitglieder am stärksten die Funktion, die Wähler von der Wahl der jeweiligen Partei zu überzeugen. Diese Funktion wird den Langfassungen am wenigsten zugesprochen. Sie gelten unter den Mitgliedern als Instrument, um dem Wahlkampf eine Richtung zu geben und um in eventuellen Koalitionsverhandlungen eine Richtlinie zu haben. Diese Funktion wird den Kurzfassungen am wenigsten zugesprochen. Insofern können wir von einer klaren „Arbeitsteilung“ zwischen den Lang- und den Kurzfassungen sprechen.



Wahlprogramm-Check 2016:

Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Prof. Dr. Frank Brettschneider
Claudia Thoms, M.Sc.

Universität Hohenheim
Kommunikationswissenschaft
Fruwirthstraße 46
70599 Stuttgart
Tel. 0711 / 459-24030

komm@uni-hohenheim.de
<http://komm.uni-hohenheim.de>

Dr. Anikar Haseloff
Oliver Haug

Geschäftsführer
H&H CommunicationLab GmbH
Am Hindenburgring 31
89077 Ulm
Tel. 0731 / 9328420

info@comlab-ulm.de
<http://www.comlab-ulm.de>

